

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/9041 an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es jemanden, der gegen diese Überweisung stimmen möchte, jemanden, der sich enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

13 „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrsteuer abschaffen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9042

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD redet als Erster der Abgeordnete Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beginnen möchte ich mit einem Zitat aus einem Antrag der FDP vom 12. März aus dem Bundestag. Dort heißt es – Zitat –:

„Die Luftverkehrssteuer widerspricht den Ankündigungen der Bundesregierung und wird der Luftverkehrsbranche in Zeiten der Coronavirus-Krise wirtschaftlich nachhaltig schaden und womöglich für Arbeitsplatzverluste verantwortlich sein.“

Die FDP in Berlin sieht also einen wirtschaftlichen Schaden durch die Luftverkehrssteuer, so wie wir das in unserem Antrag sehen. Konsequenter wäre es deshalb, diese Sondersteuer abzuschaffen.

Ich bin gespannt, ob das nur heiße Luft von Ihrem Bundesvorsitzenden, liebe FDP, war oder ob Sie unserem Antrag folgen werden. Denn bereits jetzt zeichnet sich der wirtschaftliche Schaden und ein Arbeitsplatzabbau bei den Flughäfen in NRW ab.

Stellvertretend für all die Flughäfen in NRW nehmen wir Düsseldorf als Beispiel. Dort haben sich vor ein paar Tagen die Geschäftsführer an ihre Mitarbeiter gewandt und erklärt, dass 600 der etwa 2.300 Mitarbeiter entlassen werden. Das sind mehr als 25 % der Belegschaft. Insgesamt sind in der Region Düsseldorf 75.000 Personen direkt oder indirekt abhängig vom Betrieb des Flughafens. Denken Sie dabei beispielsweise an die fleißigen Reinigungskräfte, an die Mitarbeiter bei der Sicherheitskontrolle, beim Check-in, die Taxifahrer, die Köche bei den Caterern oder

auch an die Mitarbeiter in den Geschäften im Flughafen.

Gerade in dieser schweren Zeit sollten wir an der Seite dieser Beschäftigten sein. Denn noch nie in der Geschichte der Luftfahrt sind die Zahlen so dramatisch eingebrochen wie zu der jetzigen Situation. Die Coronaviruspandemie hat die Branche mit voller Wucht getroffen: 63 % weniger Passagiere, 44 % weniger Flugbewegungen allein im Monat März. Im April sieht es noch dramatischer aus; denn das komplette Ostergeschäft ist weggefallen.

Die Flughäfen haben in der aktuellen Situation praktisch keine Einnahmen. Gleichzeitig halten sie den Betrieb aber offen – im besten Sinne einer öffentlichen Daseinsvorsorge – für Fracht, für Rückkehrer, für Erntehelfer oder auch für Krankenflüge. Doch weder gibt es Liquiditätshilfen vom Staat noch eine Kostenübernahme. Die Betriebskosten bleiben, die Einnahmen fallen weg. Je ausbleibendem Passagier fehlt etwa ein Überschuss von 10 bis 14 Euro.

Nehmen wir mal an, dass im Jahr 2019 nur 10 Millionen weniger Passagiere – von etwa 25 Millionen aus dem letzten Jahr – vom Flughafen Düsseldorf fliegen werden, dann sind das bereits 100 bis 140 Millionen Euro, die dem Flughafen in diesem Jahr fehlen. In den Folgejahren schätzt die Geschäftsführung 5 Millionen weniger Passagiere, also 50 bis 70 Millionen Euro, die da fehlen werden.

Wollen wir unsere Flughäfen erhalten, wollen wir die Arbeitsplätze an den Flughäfen erhalten, so müssen wir jetzt unbürokratisch helfen. Deshalb freuen wir uns, dass die Landesregierung kurz nach dem Einreichen unseres AfD-Antrags in der letzten Woche verkündet hat, dass auch die Flughäfen von den Kredithilfen profitieren sollen.

Doch es handelt sich nur um Kredite, und die wirken leider nur kurzfristig. Wir müssen aber sehen, dass wir die Flughäfen wieder wettbewerbsfähig machen. Das ist eine Langfristmaßnahme, die wir da brauchen. Dazu müssen wir natürlich die Standortnachteile gegenüber den ausländischen Nachbarflughäfen erst mal abbauen. Die richtige Lösung ist hier die sofortige Abschaffung der Luftverkehrssteuer.

Bereits jetzt sind die Fluggesellschaften beispielsweise über den Zwang zum Kauf von CO₂-Zertifikaten massiv belastet. Eine weitere deutsche Sondersteuer drängt immer mehr Kunden in die Nachbarländer. Es wird Zeit, dass wir die Mobilität bei uns in NRW wieder mehr schätzen und ihr auch mehr Freiheit schenken, damit sich am Ende nicht nur die grünen Wähler ihren Urlaub leisten können, sondern sich auch der einfache Arbeiter wenigstens einmal im Jahr den Kurzurlaub beispielsweise nach Mallorca leisten kann.

Deshalb bitte ich Sie auch im Namen der vielen fleißigen Mitarbeiter rund um die Flughäfen in NRW:

Helfen Sie mit, diese Arbeitsplätze zu sichern und unterstützen Sie unseren Antrag! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hoppe-Biermeyer das Wort.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Positive vorweg: Der Antrag der AfD hat ausnahmsweise keinen Bezug zur Flüchtlingskrise.

(Helmut Seifen [AfD]: Jetzt sind Sie enttäuscht!)

Ganz ohne Krise kommt ihr Anliegen aber doch nicht aus. Die Coronakrise muss herhalten. Manchmal hat man bei der AfD das Gefühl, in einer Zeitmaschine zu sitzen.

(Zuruf von der AfD)

Ich denke gerade beispielsweise an das Jahr 2018, genauer gesagt an den 14. Juni 2018; denn an diesem Tag haben wir hier im Plenum über einen Antrag der AfD zu dem Thema „Abschaffung der Luftverkehrssteuer“ diskutiert.

(Christian Loose [AfD]: Das war damals schon gut!)

Nicht nur der Titel klingt ähnlich. Auch inhaltlich haben Sie es sich anscheinend leicht gemacht und manche Passagen einfach abgeschrieben.

(Helmut Seifen [AfD]: Ja! – Zuruf von Christian Loose [AfD])

So viel kann ich Ihnen heute schon einmal vorab sagen: Ihr damaliger Antrag wurde abgelehnt, und mit einem nur leicht abgeänderten Antrag wird es wohl nicht anders laufen. Es genügt bei Weitem nicht, einen alten Antrag wieder aufzuwärmen, ihn ein bisschen mit Worten über die Coronakrise aufzupeppen und dann hier als neues Gericht verkaufen zu wollen.

Was wollen Sie uns denn mit diesem Antrag überhaupt unterstellen? Zu behaupten, diese Landesregierung würde sich nicht für die Probleme der Flughäfen interessieren, ist nun wirklich lächerlich. Dieser Landesregierung sind die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen wichtig, und zwar alle Flughäfen.

(Christian Loose [AfD]: Das sind nur leere Worthülsen!)

Das kann man leicht im Landesentwicklungsplan nachlesen; denn dort haben wir nach der Wahl die Flughäfen Paderborn-Lippstadt, Dortmund und Weeze wieder als landesbedeutsam eingestuft. Damit fördern und unterstützen wir unsere Flughäfen – und zwar in allen Landesteilen – und geben allen die

gleichen Entwicklungsmöglichkeiten. Ich kann Ihnen versichern, das ist vor Ort auch genau so wahrgenommen worden.

Der Flughafen Paderborn-Lippstadt liegt in meinem Wahlkreis und ist ein wichtiges Stück Infrastruktur für die ganze Region und seine Gesellschafter: die Kreise Paderborn, Soest, Gütersloh, Hochsauerland, Lippe, die Stadt Bielefeld, die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld und die IHK Lippe zu Detmold.

Kommen wir aber nun zum Kern Ihres aufgewärmten Antrags, zur Luftverkehrssteuer: Die Luftverkehrssteuer liegt im Kompetenzbereich des Bundes. Das bedeutet, dass dieses Gesetz kein Landesgesetz ist und die Landesregierung keinen direkten Einfluss auf diese Entscheidung hatte.

Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat sich im letzten Jahr für die Erhöhung der Steuer entschieden und als Datum, ab wann diese Steuer erhoben werden soll, den 1. April 2020 festgelegt. Das bedeutet, dass diese Entscheidung der Bundesregierung in keinem Zusammenhang mit der Coronakrise stand und ganz sicherlich nicht als Gängelung der Flughäfen geplant war. Grund für die Entscheidung zur Erhöhung der Steuer war seinerzeit einzig und allein der Klimaschutz. Indem man die Preise für Flüge anhebt, sollte ein Anreiz geschaffen werden, klimafreundlichere Reisemethoden zu wählen.

(Christian Loose [AfD]: Sind Sie schon mal mit der Bahn nach Mallorca geflogen?)

Obwohl derzeit die Coronakrise das alles dominierende Thema ist und das auch verständlich und nachvollziehbar ist, sollten wir dennoch nicht vergessen, dass der Schutz des Klimas nach wie vor eine wichtige Aufgabe und ein wichtiges Anliegen eines jeden von uns sein sollte. Nur weil uns die Coronakrise derzeit fest im Griff hat, dürfen wir nicht unsere langfristigen Ziele aus den Augen verlieren.

Die AfD hingegen legt hier im Plenum regelmäßig Anträge vor, in denen sie den Klimaschutz zurückdrehen möchte. Die Coronakrise ist ein Vorwand für ihre Klimawandel-Weltansicht. Die NRW-Koalition nimmt eine differenzierte Position ein und distanziert sich damit deutlich von dem populistischen Standpunkt der AfD.

Auch der Landesregierung ist bewusst, dass mit der Erhöhung der Luftverkehrssteuer die deutsche Luftverkehrswirtschaft im europäischen sowie im internationalen Wettbewerb benachteiligt wird.

(Christian Loose [AfD]: Ja, dann fliegen die Leute halt woanders her!)

Auch unter Klimaschutzgesichtspunkten wäre zumindest eine europaweite Umsetzung vorzuziehen gewesen.

(Zuruf: Ja!)

Steuerinduzierte Wettbewerbsverzerrungen sollten hierbei im europäischen Flugverkehr weitgehend ausgeschlossen werden. Dementsprechend hat sich die Landesregierung ihrerseits im Bundesrat positioniert.

Aber im Gegensatz zu Ihrer populistischen Position hat sich das Land Nordrhein-Westfalen dafür ausgesprochen, dass die Steuermehreinnahmen aus der Luftverkehrssteuer für gezielte Investitionen in der Luftverkehrswirtschaft eingesetzt werden. Gemeint sind beispielsweise moderne Flugzeuge und klimaschützende Maßnahmen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Es ist darüber hinaus notwendig, dass im Bereich Forschung und Entwicklung weiterhin Fortschritte erzielt werden,

(Christian Loose [AfD]: Also nehmen Sie ihnen erst das Geld weg, um es ihnen danach wiederzugeben!)

um die tatsächliche CO₂-Belastung in diesem Sektor weiter zu senken.

(Zuruf)

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir begrüßen, dass Anreize geschaffen wurden, um den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen zu verringern und die Bürgerinnen und Bürger zu klimafreundlicherem Handeln zu ermuntern.

Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern. Damit wird klar, dass dieses Thema längst nicht so einseitig ist, wie Sie es hier in Ihrem Antrag darstellen.

Ja, die Coronakrise hat den Luftverkehr nahezu zum Erliegen gebracht. Dennoch muss man diese Steuererhöhung losgelöst vom Coronathema betrachten, da diese Entscheidungen und Debatten bereits im letzten Jahr erfolgt sind. Der Luftverkehrsstandort Nordrhein-Westfalen steht und fällt nicht alleine im Zusammenspiel mit dieser Steuer.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Es ist zu erwarten, dass sich mittelfristig das Flugverhalten ändert. Das gilt insbesondere im Bereich der Dienstreisen. Damit werden nachhaltige Strukturveränderungen im Flugverkehr einhergehen.

Auch sollte jedem deutlich geworden sein, dass wir die Interessen der Flughäfen nicht aus den Augen verlieren. Im zweiten Nachtragshaushalt haben wir beispielsweise festgelegt, dass auch kommunale Unternehmen, zu denen die Flughäfen gehören, von nun an Zugang zu Krediten bekommen. Da hier auch kommunale Unternehmen antragsberechtigt sind, unterstützen wir auf diese Weise die öffentliche und soziale Infrastruktur.

Eines ist klar: Flughäfen erzielen aktuell praktisch keine Einnahmen. Folglich sinkt die Liquidität schnell.

Die Landesregierung hat in den Unterstützungsprogrammen des Bundes für die Wirtschaft eine Förderlücke identifiziert und ist tätig geworden. Daher hat diese Landesregierung 5 Milliarden Euro bereitgestellt, um den kommunalen Unternehmen Zugang zu Bürgschaften und günstigen Darlehnskonditionen zu sichern. Explizit richtet sich diese Unterstützung unter anderem an Flughäfen mit mindestens 50-prozentigem öffentlichem Gesellschafterhintergrund, die sonst bei der KfW keine Kredite erhalten können. Mit diesem neuen Maßnahmenpaket können Flughafenbetreiber Betriebsmittelkredite mit 80 % Haftungsfreistellung erhalten.

Sie behaupten, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit der Flughäfen mindern. Das Gegenteil ist der Fall. Wir unterstützen die Wirtschaft, indem wir für einen fairen Wettbewerb sorgen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Fairer Wettbewerb!)

Wir bemühen uns, die Lücken in der Versorgung und Unterstützung etwa durch den Bund aufzuspüren und zu schließen. Eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Luftverkehrssteuer ist jedoch weder durchsetzbar noch zielführend, da dies andere, wichtige und langfristige Ziele des Klimaschutzes untergraben würde.

Wir von den Fraktionen von CDU und FDP schaffen dagegen den Balanceakt zwischen wirtschaftlichen und klimapolitischen Interessen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Müller-Witt das Wort.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und wieder grüßt das Murmeltier, und wieder benutzt die AfD den Landtag von Nordrhein-Westfalen, um ein Ansinnen zu diskutieren, mit dem sie im Bundestag gescheitert ist. Insofern ist der Landtag von Nordrhein-Westfalen nicht zuständig. Eine Initiative zur Abschaffung einer bundesweiten Steuer bedarf der Zustimmung aller Bundesländer und ist daher hier an falscher Stelle gestellt. Dieser Antrag gehört originär in den Deutschen Bundestag. Das wissen Sie auch. Das wissen Sie ganz genau, denn diese Methode betreiben Sie permanent.

Trotzdem will ich kurz unsere Bewertung hier abgeben.

(Christian Loose [AfD]: Sie machen ja gar nichts!)

– Hören Sie einfach mal zu.

Erst im Herbst des vergangenen Jahres hat der Deutsche Bundestag eine Erhöhung der Luftverkehrssteuer beschlossen. Hintergrund dieser Maßnahme war und ist auch noch heute der Beitrag des Luftverkehrs zum Klimawandel.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ja, es ist hinlänglich bekannt, dass die AfD den von Menschen gemachten Klimawandel leugnet. Dann ist es natürlich aus Ihrer Sicht auch konsequent, Maßnahmen gegen den geleugneten Klimawandel abzulehnen. Damit befinden Sie sich in prominenter, nicht unbedingt guter Gesellschaft. Der amerikanische Präsident oder auch der brasilianische sehen das ja ganz ähnlich. Das heißt aber nicht, dass dieses Verhalten unbedingt lösungsorientiert ist.

Für uns steht fest: Es gibt den vom Menschen verursachten Klimawandel,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

und das ist hinlänglich bewiesen. Bei seiner Bekämpfung ist es konsequent, an den Ursachen anzusetzen, also auch beim Verkehr, in diesem Fall beim Flugverkehr.

(Zuruf: Sagen Sie das mal Schulze!)

Dabei ist dieser gegenüber anderen Verkehrsträgern insofern noch bevorzugt, als bis zum heutigen Tag keine Besteuerung des verwendeten Kraftstoffs im Sinne einer Kerosinsteuer vorgenommen wird, ganz im Gegensatz zu anderen Verkehrsträgern.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die jetzt von Ihnen geforderte Abschaffung der Luftverkehrssteuer würde eine weitere Privilegierung der Luftfahrt darstellen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist weder aus umweltpolitischen noch aus verteilungspolitischen Gründen vertretbar.

Im Übrigen wird die von Ihnen angeprangerte Steuer eins zu eins an die Kunden weitergeleitet. Das heißt, dass die

(Dr. Christian Blex [AfD]: So ein Blödsinn!)

behauptete zusätzliche Belastung der Unternehmen selbst nicht zum Tragen kommt.

(Christian Loose [AfD]: Dann können wir auch keinen Wettbewerb haben!)

Mit Blick auf die von der AfD im Antrag genannten Preise ist im Übrigen die Frage erlaubt, ob denn diese Belastung pro Fluggast überhaupt eine negative Wirkung auf die Wahl des Verkehrsträgers Luftverkehr hat.

Deshalb ist es dringend anzuraten, den Blick auch auf andere Verkehrsträger zu weiten, wenn man die Forderung nach Abschaffung der Luftverkehrssteuer aufstellt.

Wenn man den Blick weitet – das wäre Ihnen zu empfehlen –, sieht man, dass die Besteuerung von Verkehren durchaus auch für andere Bereiche gilt. So besteht bereits heute eine Lkw-Maut auf den Straßen oder auch Trassen, und es gibt Stationspreise für Züge, die die Infrastruktur der Deutschen Bahn nutzen. Wenn dies so ist, dann ist auch eine Luftverkehrssteuer angebracht oder zumindest gerechtfertigt.

Jetzt die Abschaffung der Luftverkehrssteuer im Zusammenhang mit der Coronakrise zu fordern, ist also zu kurz gedacht und offensichtlich eher ein Reflex populistischer Denkweise als vernünftig begründbar.

Aber Sie gehen ja auch noch weiter. Sie fordern Fördermittel für die NRW-Flughäfen. Wir halten auch in diesen Zeiten an bewährten Vorgehensweisen fest. Grundsätzlich werden Flughäfen in NRW nicht subventioniert. Wenn Geld aus dem Landeshaushalt fließt, was vorkommt, sind es Hilfen für die staatlichen Vorgaben zur technischen Sicherheitsausrüstung von Start- und Landebahnen und ähnliche Ausrüstungen, aber nicht für die Unternehmen als solche.

Die Problematik der grenznahen Flughäfen, die Sie hier ansprechen, betrifft auch umgekehrt andere europäische Nachbarländer. Hier verkennt zum Beispiel der Antrag der AfD, dass auch sehr viele niederländische Bürgerinnen und Bürger Kunden deutscher grenznaher Flughäfen wie zum Beispiel Niederrhein bzw. Weeze oder auch Düsseldorf sind. Ich spreche aus Erfahrung, ich wohne nämlich in der Nähe des Flughafens Düsseldorf. Ich kann Ihnen sagen, das da immer sehr viele Holländer stehen. Offensichtlich scheint der Airport attraktiv zu sein.

Die Entscheidung für einen Abflughafen wird eben nicht nur aufgrund monetärer Erwägungen getroffen,

(Christian Loose [AfD]: Aber auch!)

sondern auch aufgrund von Entfernung zum Abflughafen oder wegen besonderer Flugverbindungen, beispielsweise vom Flughafen Dortmund zu osteuropäischen Destinationen. Auch hier zeigt sich erneut: Der Antrag ist eine Mischung aus Populismus und Aktionismus.

Übrigens, um der Legende gleich vorzubeugen – Sie haben sie auch prompt gebracht –: Die jüngsten Ankündigungen des Flughafens Düsseldorf zum Abbau von möglicherweise 600 Arbeitsplätzen und die Begründung, dass der Luftverkehr dauerhaft um 25 % zurückgehen wird, können auch nicht kurzfristig als ergänzende Begründung für den vorliegenden Antrag dienen. Dieser mögliche Rückgang wird nämlich originär durch eine weltweite Rezession verursacht

und nicht durch die Preispolitik nordrhein-westfälischer Flughäfen.

Abschließend noch eine Bemerkung: Insgesamt betrachtet wäre eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen des Flugverkehrs auf europäischer Ebene natürlich zielführend.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Dies ist aber auch Aufgabe der dafür zuständigen Parlamente und kann nicht hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen entschieden werden. Das ist im Übrigen ein langwieriger und sehr schwieriger Prozess, zu dem der vorgelegte Antrag keinerlei Beitrag leistet und offensichtlich auch nicht leisten will.

Der Überweisung werden wir zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Middeldorf das Wort.

Bodo Middeldorf (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die nordrhein-westfälischen Flughäfen, insbesondere natürlich die beiden großen Flughäfen in Düsseldorf und in Köln, haben eine – ich glaube, insoweit sind wir uns einig – herausgehobene wirtschaftliche, aber auch verkehrspolitische Bedeutung für unser Land. Ich will aber auch die kleineren Regionalf Flughäfen erwähnen, weil sie eine wichtige Ergänzung für die örtliche Erreichbarkeit und für die Erschließung der jeweiligen Region bieten.

Deswegen haben die NRW-Koalition und auch die Landesregierung nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie ohne Wenn und Aber zu den nordrhein-westfälischen Flughäfen stehen.

Das gilt selbstverständlich auch und gerade in der aktuellen Coronakrise, weil wir natürlich wissen, dass kaum ein anderer Bereich in unserem öffentlichen Leben so gravierend vom Lockdown betroffen ist wie die Luftverkehrsbranche. Auch deswegen tut die Landesregierung alles – übrigens im Schulterschluss mit dem Bund –, um die negativen Folgen aufzufangen, soweit sie in ihrer Dimension überhaupt aufzufangen sind.

Die AfD wärmt im Windschatten der Coronakrise mit der Luftverkehrssteuer ein Thema auf,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

das aus Landessicht längst adressiert ist. Die Landesregierung hat sich dem Koalitionsvertrag folgend längst im Bundesrat kritisch dazu eingebracht. Sie zitieren selbst aus den Ausführungen des Wirtschaftsministeriums vom 14. November letzten Jahres. Das

Problem ist nur, dass Sie es nicht vollständig tun; das ist ja ein bekanntes Spiel der AfD.

Es war immer klar, dass wir die Luftverkehrssteuer – das sage ich auch ganz ausdrücklich für die FDP-Fraktion – im internationalen Wettbewerb kritisch sehen. Das hat die Landesregierung gegenüber dem Bund lange vor Ihrem Antrag klar formuliert. Sie hat sich aber nicht so undifferenziert eingebracht wie Sie mit Ihren Forderungen, sondern deutlich dafür ausgesprochen, dass etwaige Steuermehreinnahmen auf jeden Fall zugunsten gezielter Investitionen in die Luftverkehrswirtschaft eingebracht werden.

Man muss einfach einmal daran erinnern, dass Nordrhein-Westfalen der drittgrößte Industriestandort für die Luft- und Raumfahrt in Deutschland ist. In unserem Land findet Spitzenforschung zu neuen Materialien, neuen Antriebstechnologien und neuen Treibstoffarten statt.

Als Wirtschaftsstandort muss NRW ein Interesse daran haben, dass diese wissenschaftlichen Aktivitäten, aber auch die daraus resultierenden Geschäftsfelder gestärkt werden. Unser Ziel muss es ja sein, einen konstruktiven Weg zu finden, anstatt eine Schaufensterdebatte um die Luftverkehrssteuer zu führen.

Im Übrigen hilft ein solcher Vorschlag in der aktuellen Situation keinem Flughafen auch nur ansatzweise weiter. Umsatzbezogene Abgaben haben nun einmal die Eigenschaft, dass sie Umsatz – in diesem Fall die Ticketverkäufe – voraussetzen. Das geringste Problem der Fluggesellschaften und der Flughäfen dürfte derzeit die Frage sein, ob sie auf nicht verkaufte Tickets Steuern zahlen müssen.

(Beifall von der FDP)

Auch der zweite Vorschlag im Antrag der AfD ist bereits abgeräumt: Sie haben eben selbst eingeräumt, dass die Landesregierung in der gestrigen Plenarsitzung einen Nachtragshaushalt eingebracht hat, durch den noch einmal 10 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten für die Rettung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen in kommunaler Trägerschaft bereitgestellt werden können.

Das Paket ist also genau auf die akuten Bedarfe der nordrhein-westfälischen Flughäfen ausgerichtet. Wir könnten dabei auf den Bund warten, aber genau das tun wir nicht. Weil wir wissen, wie wichtig gerade die Luftverkehrsinfrastruktur in NRW ist und welche Verantwortung wir als Land dafür tragen, sind wir selbst tätig geworden – und zwar lange, bevor die AfD dies getan hat.

Die wirklich wichtigen Fragen stellen Sie übrigens nicht, nämlich zum Beispiel, wie es uns gelingt, die bestehenden und die sich zusätzlich abzeichnenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Standorten in Deutschland zu vermeiden.

Das gilt etwa für die Ungleichbehandlung der Regionalflughäfen bei den Kosten der Flugsicherung, genauso aber für die Frage, wie eine einseitige Bevorzugung süddeutscher Flughäfen durch bundesstaatliche Eingriffe gerade infolge der Coronakrise vermieden werden kann. Das sind die entscheidenden Faktoren für die Zukunft unserer Flughäfen. Diese Fragen müssen beantwortet werden. Genau daran arbeitet unsere Landesregierung mit Hochdruck.

Damit ist im Grunde genommen der gesamte AfD-Antrag schon jetzt obsolet. Ich vermute, dass auch die Befassung im Ausschuss keine neuen Erkenntnisse bringen wird. Trotzdem stimmen wir selbstverständlich der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Middeldorf. Sie haben vielleicht gemerkt, dass wir Ihnen die Anmeldung einer Kurzintervention angezeigt haben, nämlich von Herrn Kollegen Loose von der AfD-Fraktion. – Das Mikro ist frei.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Die Forderungen entsprechen ja auch Forderungen zum Beispiel des Flughafenverbandes ADV. Dieser hat sich, noch nachdem Sie als Landesregierung bzw. Ihre Vertreter der Landesregierung bekannt gemacht haben, dass es in dem Bereich Kredite gibt, in einer Botschaft, einem Interview zu Wort gemeldet und klar gesagt, die Kredite könnten die immer noch vorhandenen Betriebskosten für die Daseinsvorsorge nicht abdecken. Die Kredite können also nur kurzfristig die Liquidität sichern, aber nicht langfristig wirken. Die Verluste sind nun einmal vorhanden, und sie werden eben nicht ausgeglichen. Deswegen kam unsere dritte Forderung, jetzt zu unterstützen, hinzu.

Ich habe Sie aber so verstanden, dass Sie den Unternehmen jetzt zuerst mit einer Steuer Geld wegnehmen wollen, um ihnen danach wieder Geld für die Forschung zu geben. Da ist es doch besser, den Unternehmen das Geld einfach zu lassen und vielleicht mit eigenen Forschungsgeldern noch weiter zu unterstützen.

Wir haben auch klargemacht, dass unsere Forderung – die Ablösung der Luftverkehrssteuer – eine langfristige ist, um den Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn langfristig zu sichern. Es ist also keine kurzfristige – schließlich wissen wir, dass die Umsätze wegfallen –, sondern eine klar langfristige Maßnahme.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Herr Kollege Middeldorf, Ihr Mikrofon ist freigeschaltet.

Bodo Middeldorf (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Eine langfristige Forderung wird hier in die Frage, wie man mit der Coronakrise umgeht, verpackt. Insofern ist das natürlich nicht nur eine langfristige Forderung von Ihnen. Vielmehr haben Sie versucht, uns dies im Windschatten der Coronakrise noch einmal unterzujubeln. Das ist das eine.

Das andere: Ich habe sehr deutlich gesagt, dass wir nur dann Steuereinnahmen über die Luftverkehrssteuer haben, wenn wir Tickets verkaufen. Es ist nämlich eine umsatzabhängige Steuer. Wenn wir keine Tickets verkaufen, dann gibt es auch keine Steuereinnahmen. Insofern ist das volkswirtschaftlich gesehen bereits eine automatische Regulation, die wir über den Markt und diese Steuermechanismen vornehmen.

Zum Thema „Kredite“. Meiner Meinung nach haben wir uns im Rahmen der Debatten in diesen zwei Tagen bereits über relativ viele Bedarfe unterhalten, und ich habe den Eindruck, dass wir der Luftverkehrsbranche mit Krediten erst einmal eine gute Unterstützung bieten können. Natürlich geht es vor allen Dingen darum, die Flughäfen und die Infrastruktur, die sich in kommunaler Trägerschaft befindet, zu unterstützen. Insofern ist alles, was wir tun, vor allen Dingen erst einmal eine Unterstützung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Middeldorf. – Nun hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich eben bei der Rede des AfD-Abgeordneten gefragt, was wohl die NRW-Flughafenchefs, mit denen man sich ja regelmäßig austauscht, über einen solchen Antrag denken mögen – Herr Schnalke, Herr Vanneste, Herr Mager oder Herr Schwarz. Sie hätten wahrscheinlich aus bürgerlicher Wohlanständigkeit milde gelächelt und zugehört, ihn aber nicht ernst genommen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Flughäfen sind doch längst viel weiter als das, was Sie uns da mit Ihren 70er-Jahre-Anträgen vorlegen. Die Flughäfen haben längst verstanden, dass man umsteuern muss, sie setzen auf Klimafreundlichkeit und sind bereit, über Sachen nachzudenken.

(Helmut Seifen [AfD]: Setzen sie auf Segelflüge?)

Ich habe letztes Jahr lange mit Herrn Vanneste beim KlimaDiskurs.NRW diskutiert. Er, der Kölner Flughafenchef, ist ein wirklich moderner Denker.

Für das, was Sie uns hier bieten, ist „50er-Jahre“ noch eine freundliche Umschreibung.

(Christian Loose [AfD]: Eben waren es noch die 70er-Jahre!)

Das gleiche gilt auch für den Düsseldorfer Flughafenchef und andere. Sie wissen ganz genau, dass sie mit den alten Konzepten nicht weiterkommen.

Wir befinden uns aufgrund der Coronakrise jetzt natürlich in einer schwierigen Situation. Vielleicht mag es überraschen, aber ich als Grüner finde es richtig und vernünftig, dass die Landesregierung den Flughäfen mit Krediten und Bürgschaften hilft und auch die Regionalflughäfen unterstützt, weil man diesen für ihr wirtschaftliches Überleben derzeit keine Steine in den Weg legen sollte.

Seit vielen Jahren wissen wir, dass die nordrhein-westfälischen Regionalflughäfen wirtschaftliche Probleme in unterschiedlichen Schattierungen haben und dass möglicherweise nicht alle zukunftsfähig sind und überleben werden. Trotzdem finde ich als Grüner es richtig, sie jetzt zu unterstützen, damit sie durch diese schwierige Zeit kommen.

Die interessante Frage für die Zukunft – und das sind nicht irgendwelche AfD-Anträge – hat Hendrik Wüst in den nächsten Monaten mit einem NRW-Luftverkehrskonzept zu beantworten. Dieses ist überfällig, und es wird darauf gewartet. Es ist eine wichtige Rahmensetzung für dieses Land, für die Weiterentwicklung der Flughäfen in diesem Land. Wir alle dürfen gespannt sein, und wir werden es interessiert zur Kenntnis nehmen. Wir werden darüber im Ausschuss debattieren und dazu sicherlich eine Anhörung durchführen. Das ist eine interessante Weichenstellung für dieses Land – und nicht das, was Sie sich in Ihrem Antrag zusammengeschrieben haben.

Mittlerweile ist es doch so, dass die großen Flughafenchefs und Herr Spohr von der Lufthansa, Airlinechefs, ganz klar sagen, dass innerdeutsche Flüge für sie für die Zukunft überhaupt kein wirtschaftliches Geschäftsmodell darstellten. Wir brauchen eine gut ausgebaute Bahn, damit es Alternativen zu innerdeutschen Flügen gibt.

Schauen Sie sich die Strecke von Berlin nach München an. Mit der neuen Ausbaustufe ist man mit dem ICE genauso schnell oder schneller, als wenn man auf einen innerdeutschen Flug setzt. Das ist für die Lufthansa auch gut und klar. Sie setzt auf Transkontinentalverbindungen und europäische, aber nicht auf innerdeutsche Verbindungen.

Es ist weder wirtschaftlich noch klimapolitisch zu rechtfertigen, dass von Düsseldorf nach Frankfurt jedes Jahr 3.000 innerdeutsche Flüge stattfinden.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

– Da können Sie noch so mit dem Kopf schütteln.

(Helmut Seifen [AfD]: Da gebe ich Ihnen doch recht!)

– Sie halten sich doch für intelligent. Sie haben sich heute als Schulleiter ausgegeben, der Sie angeblich mal waren. Was sagt ein ehemaliger Schulleiter denn dazu, dass wir 3.000 innerdeutsche Flüge von Düsseldorf nach Frankfurt haben?

(Helmut Seifen [AfD]: Schmähen Sie doch nicht so!)

Sie können hier am Düsseldorfer Flughafen in einen ICE einsteigen und sind in 1:15 Stunden am Frankfurter Flughafen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist völlig überflüssig.

(Beifall von den GRÜNEN – Helmut Seifen [AfD]: Da haben Sie recht!)

Wissen Sie, wie viele Worte sich dazu im AfD-Antrag finden? – Kein einziges.

(Markus Wagner [AfD]: Was hat das mit der Luftverkehrssteuer zu tun? – Nichts!)

Das sind Themen, die Sie überhaupt nicht interessieren, weil das in Ihre seltsame Ideologie von irgendwelchen Grünlingen – das haben wir uns eben von Herrn Blex angehört –, von Klimälügen und Gängelung der Gesellschaft überhaupt nicht hineinpasst.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das sind aber die Themen, die die Gesellschaft und die Airlinechefs interessieren. Das sind die Themen, die die Menschen umtreiben.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie sind der Feldwebel dieses Landes!)

Dazu sagen Sie kein Wort. Sie wollen hier schließlich irgendwelche seltsamen Raster bedienen, die überhaupt nichts mehr mit der Realität zu tun haben.

Ich komme zur Frage der Luftverkehrssteuer. Ich war noch nie ein Freund dieser originären Luftverkehrssteuer. Es müsste beim Luftverkehr eine vernünftige Klimaabgabe geben, die

(Christian Loose [AfD]: Es gibt doch schon CO₂-Zertifikate, Herr Klocke!)

klimaschädliches Reisen entsprechend besteuert.

Erklären Sie uns doch mal, warum es keine Kerosinbesteuerung in diesem Bereich gibt? Alle Mobilitätsarten werden über eine Mehrwertsteuer belastet.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Es ist gut, dass die Bundesregierung entschieden hat, die Mehrwertsteuer bei Bahnreisen abzusenken. Aber warum gibt es nicht bei Kerosin eine vernünftige Besteuerung?

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist doch überhaupt nicht nachzuvollziehen. Und Sie wollen jetzt auch noch die Luftverkehrsteuer weghaben! Das ist doch steuerpolitisch absoluter Quatsch.

Natürlich ist uns allen klar – jedenfalls allen demokratischen Fraktionen –, dass wir klimaschädliches Verhalten stärker besteuern und umweltfreundliches Verhalten steuerlich entlasten müssen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Deswegen können wir natürlich Flüge nicht günstiger besteuern, als es heute der Fall ist. Das ist glasklar. Das ist in der Wissenschaft allen Menschen, die klaren Denkens sind, klar.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Die vier anderen Fraktionen hier teilen diese Auffassung, und es ist inhaltlich einfach überhaupt nicht nachvollziehbar, warum Sie die Luftverkehrsteuer weghaben wollen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wenn Sie sie weghaben wollen, sagen Sie uns doch, was an die Stelle kommen soll. Da braucht es eine vernünftige Luftverkehrsabgabe, die klimapolitisch steuert.

(Christian Loose [AfD]: Es gibt doch schon CO₂-Zertifikate, Herr Klocke! – Weitere Zurufe von der AfD – Glocke)

Aber das wollen Sie ja nicht, weil es in Ihr Märchenreich der Gesellschaft überhaupt nicht hineinpasst, Herr Loose.

(Christian Loose [AfD]: Das ist doch albern! Sie haben doch keine Ahnung von dem Thema!)

– Ich mache das seit zehn Jahren, und im Gegensatz zu Ihnen sitze ich alle paar Monate oder Wochen mit Lufthansa, mit ...

(Christian Loose [AfD]: Gibt es jetzt die CO₂-Zertifikate oder nicht? – Weitere Zurufe von der AfD)

– Sie sind seit drei Jahren im Parlament. Sagen Sie mir doch, ob Sie ein einziges Mal mit einem Flughafenchef in Nordrhein-Westfalen oder mit einem Airlinechef zusammengessen haben.

(Christian Loose [AfD]: Gibt es die CO₂-Zertifikate oder nicht? – Weitere Zurufe von der AfD)

Ich sage Ihnen: Die wollen gar nicht mit Ihnen reden, weil sie mit Rechtsextremen eben keine Gespräche führen. Das ist der Fall.

(Beifall von den GRÜNEN und Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Ansonsten belegen Sie mir doch mal die Termine, die Sie da gehabt haben. Sie kennen doch noch nicht einmal die Namen der Airlinechefs in diesem Land. Und dann legen Sie solche Anträge vor. Das ist doch hochpeinlich!

(Christian Loose [AfD]: Die CO₂-Zertifikate gibt es längst, Herr Klocke! Das war die Aussage!)

Der einzige Grund, weshalb Sie hier solche Anträge stellen, ist, damit Sie für Ihren Stream und Ihr Video-Dings die entsprechenden Stichworte liefern, die Sie dann über den Äther schicken. Das ist der einzige Grund für diese Anträge. Das hat inhaltlich null Substanz, es hat keine Zukunft, es gibt keine klare Aussage.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Und damit belästigen Sie uns und ziehen die Sitzung des Parlaments in die Länge. Das ist der einzige Hintergrund.

(Heiterkeit von der SPD – Christian Loose [AfD]: Das ist doch dasselbe mit Ihren Anträgen! – Unruhe)

Zusammengefasst: Wir sind gespannt auf das neue Luftverkehrskonzept der Landesregierung und die Aussagen darin. Ich bin durchaus guter Hoffnung, dass darin ein paar vernünftige Dinge stehen werden.

Ich halte es für richtig, dass man die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen dabei unterstützt, diese schwierige Situation durchzustehen. Und ich bin auch guter Hoffnung, dass viele vernünftige Kräfte dabei sind, die wissen, dass zukunftsgerichtetes Reisen auch Luftverkehr bedeutet. Es gibt einfach Strecken, die mit anderen Transportmitteln nicht zu überwinden sind.

Wir werden weiterhin Flugverkehr haben, und der muss auch stattfinden können und dürfen. Er muss nur steuerlich so ausgestattet sein, dass man klimafreundliches Reisen unterstützt und anderes Reisen stärker besteuert. Das wäre eine vernünftige Forderung.

In Ihrem Antrag findet sich dazu Nullkommanichts. Deswegen werden wir ihn auf jeden Fall ablehnen, im Ausschuss aber gerne noch mal darüber diskutieren. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. Sie haben wahrscheinlich ebenfalls gesehen, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, und zwar wiederum von Herrn Abgeordneten Loose. – Sie haben das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke. – Frau Präsidentin! Herr Klocke, Sie sprachen vom Wettbewerb zwischen deutschen Flügen und der Deutschen Bahn. Warum wird dann aber die Luftverkehrssteuer besonders bei internationalen Flügen sehr hochgeschraubt? Denn dort sind die Steuersätze am höchsten. Aber da gibt es doch gar keinen Wettbewerb mit der Deutschen Bahn.

Das ist ja das Hirnrissige an dieser Steuer. Es werden die bestraft, die überhaupt nicht im Wettbewerb stehen. Sie stehen nur im Wettbewerb mit anderen Flughäfen in Nachbarstädten. Von Ihnen wurde mal wieder einfach nur das Bild des bösen Flugverkehrs heraufbeschworen.

Womit wird eigentlich die Deutsche Bahn betrieben? – Mit Strom, und zwar auch dann, wenn die Sonne nicht scheint, und auch dann, wenn der Wind nicht weht – also mit konventionellem Strom. Und dieser „graue“ Strom ist nach Ihrer Rechnung ja auch immer böse.

Aber werfen wir auch mal einen Blick auf die Lärmbelastung der Bürger. Wie viele Menschen leiden denn unter einer Lärmbelastung von 65 dB oder mehr?

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ach so! Ja!)

In den Ballungsräumen in NRW sind laut Antwort auf eine Anfrage des Kollegen Jörg von der SPD 1.800 Menschen von Fluglärm belastigt. Beim Bahnlärm sind es 191.000 Menschen, also mehr als das Hundertfache im Vergleich zum Flugverkehr.

Wenn Sie alle Dinge betrachten wollen, müssten Sie natürlich auch die Lärmbelastigung der Bürger betrachten. Das tun Sie nicht. Sie schauen nur verquer auf irgendeinen komischen Klimaschutz, den Sie damit gar nicht erreichen, weil es auch keinen Wettbewerb mit der Bahn gibt. Die Bahn fährt schließlich nicht nach New York, sondern dorthin fliegt nur das Flugzeug. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Herr Kollege Klocke möchte antworten. Bitte schön.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich habe Ihnen ja schon in meiner Rede gesagt, dass ich fest davon überzeugt bin, dass niemand, der in der nordrhein-westfälischen oder auch in der bundesweiten Luftverkehrsbranche an führender Stelle aktiv ist, unterstellen würde, dass wir vom bösen Luftverkehr, von Freund und Feind oder wovon auch immer sprechen – jedenfalls was meine Person und auch die Arbeit unserer Grünenfraktion angeht.

Alle Diskussionen, alle Termine, ob bei den IHKs oder bei wichtigen Hintergrundgesprächen, liefen so ab, dass man sicherlich nicht immer einer Meinung war, sich aber sehr konstruktiv ausgetauscht hat. Das, was Sie vorlegen, würden die milde lächelnd in die Rundablage werfen.

Der zweite Punkt ist: Beim Thema „Lärm“ zeigt sich, wie wenig Ahnung ... – Was machen Sie eigentlich den ganzen Tag?

(Christian Loose [AfD]: Antwort? – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich bin seit 2010 verkehrspolitischer Sprecher. Vorher war es der Kollege Horst Becker. Das Thema „Fluglärm“ ist eines, mit dem wir den Landtag und auch die anderen Fraktionen wirklich hoch und runter gequält haben – „gequält“ aus deren Sicht; das war jetzt ein bisschen ironisiert gemeint. Da ist zum Beispiel die Frage des Nachtflugverbots in Köln/Bonn. Das wurde zweimal unter rot-grüner Landesregierung im Kabinett beschlossen und in Berlin beantragt, es wurde aber vom Bundesverkehrsminister abgelehnt.

Kürzlich hatte ich noch einen kontroversen Austausch mit der Kölner Oberbürgermeisterin zum Thema „Fluglärm im Kölner Norden“, in dem ich ihr zahlreiche Informationen ... Da hat sich eine große Bürgerinitiative mit 200 Leuten gegründet. Bei der Veranstaltung war ich dabei.

Dass Sie uns unterstellen, wir hätten dieses Thema nicht auf dem Schirm, zeigt einfach,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

dass Sie von dieser bzw. unserer Arbeit wirklich nicht annähernd einen Hauch von Ahnung haben. Das zeigt auch Ihr Antrag.

Von daher: Arbeiten Sie mal ein bisschen nach. Dann können wir möglicherweise noch mal darüber diskutieren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Zeit.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ihre Fragen zeigen schon, dass Sie vom Thema einfach keine Ahnung haben.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Klocke. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Wüst das Wort.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Hochgeschätzte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung steht zu den Flughäfen in Nordrhein-Westfalen – auch in der Krise. Flughäfen sind wichtige Standortfaktoren. Gerade in unseren

mittelstandsstarken, suburbanen und ländlichen Regionen ist die Erreichbarkeit per Flugzeug wichtig.

Deswegen sind der Landesregierung auch faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Flughäfen wichtig, und deswegen steht das Thema „Luftverkehrssteuer“ auch im Koalitionsvertrag.

Damit das Thema aber relevant wird, muss Flugverkehr überhaupt erst einmal stattfinden. Aktuell finden 99 % des Vorkrisenflugverkehrs gar nicht statt. Wir befinden uns in einer Pandemie. Weltweit gibt es Reisewarnungen, Reisebeschränkungen, Einreisebeschränkungen. Die genannten Rückgänge im Passagierverkehr sind auch keine nationale Erscheinung.

(Zurufe von der AfD)

Insofern kommt der Antrag, freundlich gesagt, zur Unzeit. Denn besteuern kann man nur das, was überhaupt stattfindet. Am Himmel findet derzeit wenig statt. Unsere Flughäfen gleichen gerade eher großen Flugzeugparkplätzen. Deshalb unterstützt das Land seine Flughäfen lieber und vor allem wirkungsvoller auf andere Weise.

Wenn man behauptet, es gehe vielleicht doch nicht um die Krise, sondern man brauche eine langfristige Perspektive, dann schauen Sie mal auf das, was selbst optimistische Ökonomen sagen. Die Ökonomen, die den V-Effekt beschreiben, sagen, es werde erst eine tiefe Rezession geben – so weit, so unstrittig – und dann werde es schnell wieder hochgehen. Sie nehmen den Luftverkehr dabei aber aus. Jeder, der seriös unterwegs ist, sagt, dass sich der Luftverkehr auf Jahre hin nicht wieder auf den Vorkrisenstand entwickeln wird,

(Christian Loose [AfD]: Ganz genau!)

sondern vielleicht auf 80 %. Vor diesem Hintergrund mit einer an der Masse, am Umsatz orientierten Luftverkehrssteuer irgendjemandem zu helfen, bedeutet, den Menschen Steine statt Brot zu geben.

(Christian Loose [AfD]: Wie wollen Sie helfen, Herr Wüst?)

Wir haben am 21. April im Kabinett einen erweiterten Rettungsschirm zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie beschlossen. Gestern im Plenum hat der Kollege Lienenkämper dies in erster Lesung eingebracht. Alle Fraktionen waren sich einig, dass Infrastrukturthemen da hineingehören.

Die NRW.BANK bekommt 10 Milliarden Euro für kreditwirtschaftliche Unterstützungsangebote. Dieses hat drei Säulen: gewerbliche Wirtschaft, Kommunen und mit InfrastrukturCorona auch öffentliche und soziale Infrastruktur. Dazu gehört auch das Thema „Flughäfen“, um damit Liquiditätsengpässe der Flughafenbetreiber abzufangen.

Die Landesregierung hilft. Sie hilft zielführend, sie hilft wirksam, und sie hilft unbürokratisch, sodass das Geld direkt bei den Flughäfen ankommt.

Ich habe im Übrigen sehr schnell – das haben Sie entweder nicht verstanden oder Sie haben es eben in Ihrem Vortrag bei der Einbringung des Antrags ausgeblendet – und unbürokratisch entschieden, die Flughäfen ausgiebig von ihrer Betriebspflicht zu befreien. Flughäfen haben nicht nur das Recht, Flugbetrieb zu veranstalten, sondern auch eine Betriebspflicht, die mit hohen Kosten verbunden ist. Deswegen haben wir da sehr schnell und konsequent gehandelt. Wir haben im Übrigen diese Regelung auch bis zum 30.06. verlängert.

Wir stehen selbstverständlich an vielen Stellen auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen. Das nehmen wir sehr ernst. Wir tun etwas für den Luftverkehrstandort Nordrhein-Westfalen.

Wir kümmern uns um unsere Flughäfen. Und wir kümmern uns um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. Auch zu Ihrem Redebeitrag wurde eine Kurzintervention angemeldet, wiederum von Herrn Abgeordneten Loose von der AfD-Fraktion.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Hoffentlich hat er die Kamera eingeschaltet! – Markus Wagner [AfD]: Zwei sogar!)

Christian Loose (AfD): Danke. – Frau Präsidentin! Ich hatte ja eine Frage gestellt. Die habe ich herübergerufen und sie wurde nicht beantwortet. Herr Wüst, Sie sagen jetzt, dass eine Absenkung der Steuer nicht helfen würde. Aber wie soll denn da ein Kredit helfen? Einen Kredit muss man doch zurückbezahlen. Wovon sollen denn die Kredite zurückgezahlt werden, Herr Wüst?

Das, was die Fluggesellschaften jetzt bräuchten, wären Betriebskostenzuschüsse. Das ist auch das, was die Flugverbände fordern, auch nach Ihren Kreditzusagen, die Sie gegeben haben. Sie fordern Betriebskostenzuschüsse jetzt in der Zeit, wo kein Flugverkehr von Passagieren möglich ist. Das war deren Forderung.

Auch zum Wegfall der Betriebspflicht sagen die Flughafenverbände selbst, dass das letztendlich gar nicht helfen wird. Es bleibt immer noch ein großer Teil an Fixkosten. Auch das können Sie nicht mit Krediten abdecken, denn die Kredite müssen auch dort wieder zurückgezahlt werden. Also, Herr Wüst: Was ist Ihre Lösung? – Danke.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Herr Minister Wüst hat gerade signalisiert, dass er Ihre Kurzintervention einfach so im Raum stehen lassen wird.

(Beifall von der CDU und der SPD – Christian Loose [AfD]: Ich gebe es dann so weiter, dass Sie für die Flughäfen keine Lösung haben!)

Lassen Sie mich den nächsten Redner aufrufen, der ist auch von Ihrer Fraktion: Herr Abgeordneter Strotebeck.

Herbert Strotebeck (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Middeldorf, wir wollen hier niemandem irgendetwas unterjubeln. Wir befassen uns mit einem sehr wichtigen Problem. Wenn das so hochkocht – okay. Vielleicht kann ich noch ein paar sachliche Ausführungen dazu beitragen.

Die Fachverbände haben anlässlich einer Anhörung im Bundestag die wettbewerbsverzerrende Wirkung der Luftverkehrsteuer deutlich angeprangert. Wir hatten Herrn Minister Professor Pinkwart im Wirtschaftsausschuss mit dieser Stellungnahme konfrontiert. Seine Ausführungen dazu waren ein bisschen spärlich.

Die Stellungnahme des Bundesrats weist planwirtschaftliche Züge auf. So wird zwar die schädliche Belastung erkannt, aber andererseits die illusorische Annahme verfolgt, dass nur der Verkehr umgelenkt werden müsste, um negative Auswirkungen der Luftverkehrsteuer abzufedern. Das beweist nicht gerade besonderen wirtschaftlichen Sachverstand.

Beim Szenario eines dreimonatigen Stillstandes, gefolgt von einer Rezession, geht die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO für Europa im Jahre 2020 von einem Passagierrückgang von 55 % aus. Die Krise wird sich mindestens bis 2023 auf die Passagierzahlen auswirken. Es steht zu befürchten – das haben wir gerade gehört –, dass die Auslastung der Flugzeuge nur sehr langsam wieder auf ein normales Maß zurückkehren wird. Das hat auch Herr Minister Wüst gerade gesagt.

Ähnliches gilt für den durchschnittlichen Erlös je Passagierkilometer. Um die erforderlichen gewinnbringenden Flugpreise irgendwann wieder am Markt generieren zu können, sind Kostenentlastungen dringend erforderlich.

Die rein ideologische Luftverkehrsteuer hat in dieser Phase erst recht keine Berechtigung. Eine Weitergabe an den Kunden wird speziell für deutsche Fluggesellschaften schwierig oder unmöglich sein. Letztendlich werden die Staaten entscheiden, wer überlebt und wer nicht.

Je länger die Krise dauert, desto mehr dürfte sich die Branche strukturell verändern. Es steht zu befürch-

ten, dass die fünf großen Fluggesellschaften Europas, darunter die Lufthansa Gruppe, den europäischen Markt nach der Krise weitestgehend bestimmen werden.

Im Sinne des Wettbewerbs und kleinerer Fluggesellschaften, im Sinne des Kunden kann das nicht unser Ziel sein. Helfen Sie – der Minister ist weg – dem Luftverkehrs- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Sichern Sie die zahlreichen Arbeitsplätze, die davon abhängen.

Am Ende noch ein Wort zu Bestrebungen diverser Gruppen, durch eine Instrumentalisierung der aktuellen Krise dem Flughafen Düsseldorf nachhaltig zu schaden. Das aktuelle Planfeststellungsverfahren hat sich nicht erübrigt. Die Notwendigkeit eines erneuten Antrags in wenigen Jahren würde die weitere Entwicklung bis mindestens 2030 oder vielleicht darüber hinaus verzögern. Ich bitte Sie, Herr Minister Wüst – er ist ja nicht da –,

(Christian Loose [AfD]: Das ist der Respekt von Herrn Wüst gegenüber dem Parlament!)

diese durchschaubaren Bestrebungen bei der Entscheidung nicht zu berücksichtigen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Herbert Strotebeck (AfD): Ja. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Es wäre schön, wenn Sie sich des Themas mal annehmen würden. Denn es trifft unsere Region, es trifft unsere Arbeitsplätze. Es wäre falsch, das einfach so abzutun. Wenn Sie sich nicht damit beschäftigen würden, dann wäre die Diskussion ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Herbert Strotebeck (AfD): ... wahrscheinlich auch nicht so erhitzt gewesen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Strotebeck. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 13.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 17/9040 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Der bekommt die Federführung, und die Mitberatung geht an den **Verkehrsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand dagegen stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Da beides nicht der Fall ist, haben wir so überwiesen.